

Kanton Zürich über das Schulgesetz wird dasselbe mit 30,786 Stimmen abgelehnt; für dasselbe werden 30,353 Stimmen abgegeben. Ebenso wird die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel auf den Sekundärschulen mit 32,736 „Nein“ gegen 27,181 „Ja“ abgelehnt.

17. Dezember. (Ablehnung konfessioneller Schulen.) Der Nationalrat lehnt nach zweitägiger Debatte mit 85 gegen 39 Stimmen die Trennung der öffentlichen Volksschulen nach Konfessionen als unvereinbar mit der Bundesverfassung ab.

19. Dezember. (Handelsverträge.) Der Ständerat genehmigt mit 24 gegen 9 Stimmen den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn und nimmt den Zulassantrag zu dem Handelsvertrag mit Deutschland einstimmig an.

X.

Belgien.

5. Januar. (Politik der liberalen Partei.) Das „Journal de Liège, das Organ Frères-Ordans, enthält einen vielbemerkten Artikel,

welcher die Liberalen allen Schattierungen auffodert, unter diesen Koalitionswamen bereit an den nächsten Wahlen im Juni teilzunehmen. Die Führer der Partei sollten in ihrem Schnelllauf etwas einhalten und die Bedrückten die Schritte etwas beschleunigen. Das genüge, um eine Einigung zu erzielen.

Die erhoffte Einigung der beiden feindlichen liberalen Wahlgesellschaften scheitert indes vollständig, da die doktrinaire Liga, welche sich stark genug glaubt, allein zu siegen, der progressivsten Association Libérale Bedingungen stellt, welche nicht angenommen werden.

17. Januar. (Kriegsbudget.) In der Kammer kündigt bei der Generaldebatte des Kriegsbudgets Rabinetschef Deernout eine neue Kreditforderung für Bewaffnungszwecke an. Ein Mitglied der Linken erklärt, unter den gegebenen Umständen würde er alle militärischen Kredite bewilligen.

Diese Kreditforderung ist durch die Bestellung von 30,000 Mann-Überschreitungswehren bedingt.

Am 18. Januar bewilligt die Kammer einstimmig das Kriegsbudget.